



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 262/GP

07.11.2020

**Huml fordert bundesweiten Corona-Rettungsschirm für Anbieter  
ambulanter Vorsorge- und Reha-Maßnahmen - Bayerns  
Gesundheitsstaatssekretär Holetschek: Wir müssen Existenzen retten**

**Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** und **Staatssekretär Klaus Holetschek** haben einen bundesweiten Corona-Rettungsschirm für Anbieter ambulanter Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen gefordert. Huml betonte am Samstag in München: „Die Corona-Pandemie macht auch unseren Vorsorge- und Reha-Anbietern massiv zu schaffen. Es gibt aber bisher keinen Rettungsschirm für ambulante Leistungserbringer. Ohne eine solche Unterstützung sind Insolvenzen in diesem Bereich kaum auszuschließen.“

Staatssekretär Holetschek sagte: „Die bayerischen Kurorte sichern rund 100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Gerade auch viele Rehakliniken sind dort beheimatet. Bayern ist Reha-Standort Nummer 1 in Deutschland. Hier müssen wir die Auswirkungen der Corona-Krise abfedern, damit keine Existenzen bedroht sind.“

Holetschek ergänzte: „Gerade im Bereich der Vorsorge sind auch die bayerischen Kurorte und Heilbäder betroffen. Dort werden von den Praxen überwiegend medizinisch-therapeutische und kurortspezifische Heilmittel abgegeben, die pandemiebedingt weggebrochen sind. Insbesondere ambulante Vorsorgemaßnahmen haben wegen der langen Schließung der Beherbergungsbetriebe in den Kurorten nicht oder kaum stattgefunden.“

Ministerin Huml sagte: „Bayern hat im Bundesrat einen entsprechenden Vorschlag eingebracht, der am Freitag eine Mehrheit erhalten hat. Darin fordern wir den Bund zu einer entsprechenden Gesetzänderung auf. Diese Forderung hat schon mehrfach im Bundesrat eine Mehrheit erhalten, wurde vom Bundesgesetzgeber aber immer noch nicht umgesetzt. Die Pandemie sollte jetzt Anlass für rasches Handeln sein.“